

## **MEDIENMITTEILUNG DER GLP: GESUNDHEIT BL 2030**

Medienmitteilung

**Liestal, 29. November 2024 – Die Regierung des Kantons Basel-Landschaft hat mit dem Konzept „Gesundheit BL 2030“ einen Rahmen für die zukünftige Gesundheitsversorgung vorgestellt. Die Grünliberale Partei Basel-Landschaft begrüsst, dass nach Jahren des Stillstands endlich einen dringend benötigter Dialog über die langfristige Ausrichtung des Gesundheitswesens eröffnet wird.**

Wir unterstützen die Stossrichtungen für die Ambulantisierung, konsequente Digitalisierung sowie den Aufbau eines dezentralen Gesundheitsnetzwerks. Diese Ausrichtung entspricht den Bedürfnissen der Patient:innen und den Erwartungen der Steuer- und Prämienzahler:innen. Sie sorgt dafür, dass Behandlungen dort stattfinden, wo sie medizinisch sinnvoll sind, und nicht, wo Fehlanreize sie fördern. Ein gut erreichbares Netzwerk ambulanter Gesundheitszentren kann zudem die teuren Notfallstationen entlasten, die derzeit zu einem erheblichen Teil mit nicht akut behandlungsbedürftigen Fällen belegt sind. Die konkrete Umsetzung dieser Vorhaben ist jedoch entscheidend und muss kritisch und konstruktiv begleitet werden.

Die von der Regierung vorgestellten Szenarien im Bezug des Spitalplanung werfen für uns jedoch noch erhebliche Fragen auf. Die Reduktion auf zwei Varianten basiert auf Annahmen, die wir bis jetzt noch nicht vollständig nachvollziehen können. Wir erwarten von der Regierung detaillierte Informationen und eine klare Begründung der Auswahlkriterien. Es ist zentral, dass die Analyse vollständig und differenziert bleibt und keine Tabus herrschen. Kein Spitalstandort darf von vornherein als «gesetzt» betrachtet werden – dies insbesondere angesichts des enormen Investitionsbedarfs.

Der ausgewiesene Mittelbedarf von rund 1'020 Millionen Franken, was 4,72 % der wirtschaftlichen Leistung (BIP) des Kantons entspricht und fast die Hälfte des jährlichen Steueraufkommens ausmacht, ist ernüchternd. Er zeigt die hohen Kosten, die durch den Stillstand der vergangenen Jahre verursacht wurden, und definiert zugleich den Handlungsrahmen für die Zukunft. Diese Mittel werden für andere dringende Aufgaben wie Klimaschutz, Bildung, soziale Projekte, Digitalisierung und die allgemeine Zukunftsfähigkeit des Kantons fehlen. Zudem birgt dieser Betrag ein erhebliches finanzielles Risiko für den Kanton Basel-Landschaft. Weiter sind wir aktuell nicht davon überzeugt, dass der Kanton aufgrund seiner Bevölkerungsstruktur und des medizinischen Fortschritts nicht in eine dauerhafte Verpflichtung zu überdurchschnittlichen Transferleistungen an das KSBL geraten wird.

Wir müssen uns bewusst sein: Jede Investition, die in «Beton gegossen» wird, schafft unumkehrbare Tatsachen und schränkt den Handlungsspielraum künftiger Generationen ein. Dies heisst nicht, dass wir keine Investitionen in die stationäre Versorgung tätigen sollen, diese müssen jedoch kritisch geprüft werden. Es ist

anzunehmen, dass das Kostenwachstum auch in Zukunft anhalten wird. Das entscheidende Ziel muss daher sein, das Kostenwachstum durch gezielte Massnahmen zu bremsen und langfristig zu steuern.

Mit grosser Ernüchterung stellen wir entsprechend fest, dass eine verbindliche Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Gesundheitsregion (GGR) weiterhin ausbleibt. Seit der Einführung des KVG vor 30 Jahren ist es den Kantonen nicht gelungen, sich im Spitalbereich verbindlich zu koordinieren. Diese Fragmentierung führt zu Überkapazitäten, Ressourcenverschwendung und ineffizienten Strukturen. Die Grünliberale Partei fordert einen Paradigmenwechsel: Der Bund muss künftig die Festlegung von Versorgungsregionen übernehmen. Nur so kann die Nordwestschweiz zu einer effizienten, nachhaltigen Spitalplanung verpflichtet werden.

Eine effektive und zukunftsorientierte Spitalplanung muss die gesamte Region nördlich des Jurabogens einbeziehen. Dazu gehören die Standorte Dornach, Olten, das Fricktal, Delémont, Liestal, Bottmingen und Basel-Stadt – und in der Konsequenz einer Reduktion der Standorte. Eine überkantonale Planung ist unerlässlich, um Kosten zu senken und gleichzeitig die Qualität der Versorgung sicherzustellen. Die aktuell hohe Bettenkapazität in Basel-Stadt und Basel-Landschaft – mehr als doppelt so hoch wie in vergleichbaren Ländern wie den Niederlanden – verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf.

Die Grünliberale Partei Basel-Landschaft wird den nun angestossenen Prozess «Gesundheit BL 2030» kritisch und konstruktiv begleiten. Unser Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit der Regierung, den Akteuren im Gesundheitswesen, den anderen politischen Parteien und der Bevölkerung eine Gesundheitsversorgung zu gestalten, die effizient, nachhaltig und zukunftsorientiert ist – zum Wohle der Patient:innen, der Steuerzahler:innen und zukünftiger Generationen.

**Für weitere Informationen:**

Tim Hagmann, Landrat, Mitglied VGK, [tim.hagmann@lr-bl.ch](mailto:tim.hagmann@lr-bl.ch), 079 280 15 00

Manuel Ballmer, Landrat, Fraktionspräsident, [manuel.ballmer@lr-bl.ch](mailto:manuel.ballmer@lr-bl.ch), 076 440 41 54

Thomas Tribelhorn, Parteipräsident, [thomastribelhorn@eblcom.ch](mailto:thomastribelhorn@eblcom.ch), 079 752 96 15